EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

28.11.2005 PE 365.077v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-85

Entwurf eines Berichts **(PE 362.826v02-00)**
Giusto Catania
Vierter Bericht über die Unionsbürgerschaft (1. Mai 2001 – 30. April 2004)
(2005/2060(INI))

Entschließungsantrag

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 1
Erwägung A

A. in der Erwägung, dass die Unionsbürgerschaft ***den Rechtsstatus bezeichnet, der sich aus der Zugehörigkeit eines Individuums zu einer bestimmten politischen und territorialen Einheit ergibt, und*** ein sich entwickelndes Konzept ist***, das*** an die politische Entwicklung der Europäischen Union angepasst werden muss,

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 2
Erwägung C

C. in der Erwägung, dass die Zuerkennung der Unionsbürgerschaft folglich vom Besitz der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union abhängt ***(Streichung)***,

Or. el

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 3
Erwägung C

C. in der Erwägung, dass die Zuerkennung der Unionsbürgerschaft ***(Streichung)*** vom Besitz der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union abhängt und ***dass sie auf der Grundlage des Prinzips der Subsidiarität und der Souveränität von den Mitgliedstaaten gewährt wird,***

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 4
Erwägung C

C. in der Erwägung, dass die Zuerkennung der Unionsbürgerschaft folglich vom Besitz der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union abhängt und es sich daher nicht um einen „eigenständigen" Begriff handelt, sondern ***von jedem Staat auf der Grundlage eigener Rechtsvorschriften geregelt ist***,

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 5
Erwägung C

C. in der Erwägung, dass die Zuerkennung der Unionsbürgerschaft ***logischerweise*** vom Besitz der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union abhängt und es sich daher nicht um einen „eigenständigen" Begriff handelt ***(Streichung)***,

Or. it

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 6
Erwägung C a (neu)

Ca. in der Erwägung, dass die Europäische Union und ihre Organe aus diesem Grund ein berechtigtes Interesse daran haben, Vorschläge für den Erwerb der

Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten vorzulegen, bei denen die Souveränität der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet respektiert wird, da ein Mitgliedstaat, wenn er die Staatsangehörigkeit gewährt oder versagt, gleichzeitig die Unionsbürgerschaft gewährt oder versagt,

Or. es

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 7
Erwägung C a (neu)

Ca. in der Erwägung, dass jeder Bürger der Union, der in einem Mitgliedstaat ansässig ist, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in dem Staat, in dem er ansässig ist, unter den gleichen Bedingungen wie die Bürger dieses Staates genießt;

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 8
Erwägung C b (neu)

Cb. in der Erwägung, dass jeder Bürger der Union, der in einem Mitgliedstaat ansässig ist, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Staat, in dem er ansässig ist, unter den gleichen Bedingungen wie die Bürger dieses Staates genießt,

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 9
Erwägung C c (neu)

Cc. in der Erwägung, dass jeder Bürger der Union gemäß Artikel 194 EG-Vertrag das Recht hat, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten,

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 10
Erwägung C d (neu)

Cd. in der Erwägung, dass sich jeder Bürger der Union gemäß Artikel 195 EG-Vertrag an den Bürgerbeauftragten wenden kann,

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 11
Erwägung E

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 12
Erwägung E

E. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ***die alleinige Zuständigkeit*** für die Anerkennung der Staatsangehörigkeit haben,

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 13
Erwägung G

G. in der Erwägung, dass der originäre Erwerb der Staatsangehörigkeit ***in den Mitgliedstaaten*** entweder nach dem Abstammungsprinzip (ius sanguinis) oder nach dem Geburtsortsprinzip (ius soli) ***(Streichung)*** die üblichste Modalität ist ***(Streichung)***,

Or. el

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 14
Erwägung G

G. in der Erwägung, dass der originäre Erwerb der Staatsangehörigkeit entweder nach dem Abstammungsprinzip (ius sanguinis) oder nach dem Geburtsortsprinzip (ius soli) in den Mitgliedstaaten ***zu den üblichsten Modalitäten zählt***,

Or. fr

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 15
Erwägung H

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 16
Erwägung H

H. in der Erwägung, dass in den geltenden Verträgen einige Rechte der Unionsbürgerschaft bereits aufgrund des Wohnsitzes gewährt werden, wie das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und das Recht auf Befassung des Europäischen Bürgerbeauftragten; in der Erwägung, dass es ***(Streichung)*** möglich ist, auf ***all diejenigen, die legal und dauerhaft ansässig sind,*** auch das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten, ***(Streichung)*** auszudehnen,

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 17
Erwägung H

H. in der Erwägung, dass in den geltenden Verträgen einige Rechte der Unionsbürgerschaft bereits aufgrund des Wohnsitzes gewährt werden, wie das

Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und das Recht auf Befassung des Europäischen Bürgerbeauftragten ***(Streichung)***,

Or. el

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 18
Erwägung J

J. in der Erwägung, dass ***die Ablehnung des Vertrags*** über eine Verfassung für Europa in Frankreich und in den Niederlanden ***sowie die Unterbrechung der Ratifizierungsverfahren in mehreren Mitgliedstaaten*** ein wichtiges Signal ***für die Notwendigkeit darstellen,*** die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, ausgehend von ***konkreten und bedeutsamen Maßnahmen*** wie der Unionsbürgerschaft als Symbol für die Entschlossenheit, die Existenz einer politischen Gemeinschaft zur Geltung zu bringen, ***umgehend*** neu zu entfachen, ***um das Vertrauensbündnis zwischen der Union und ihren Bürgern zu stärken,***

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 19
Erwägung J

J. in der Erwägung, dass es nach ***den*** Referenden zum Vertrag über eine Verfassung für Europa in Frankreich und in den Niederlanden ***erforderlich ist,*** die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ***fortzusetzen und das europäische Bewusstsein zu stärken***,

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 20
Erwägung J

J. in der Erwägung, dass es nach dem Scheitern der Referenden zum Vertrag über eine Verfassung für Europa in Frankreich und in den Niederlanden ein wichtiges Signal wäre, die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, ausgehend von einer konkreten und bedeutsamen Maßnahme wie der Unionsbürgerschaft als Symbol für die Entschlossenheit, die Existenz einer politischen ***und territorialen*** Gemeinschaft zur Geltung zu bringen, neu zu entfachen,

Or. it

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 21
Erwägung K

K. in der Erwägung, dass die Europäische Union in Bezug auf die Vertretung und demokratische Beteiligung verschiedene Symptome einer Krise zeigt und dass sich dies insbesondere in der sinkenden Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ablesen lässt, ***deren Ausweitung eine besorgniserregende Entwicklung für die Zukunft des Projekts „Europa“ darstellt,***

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 22
Erwägung K

K. in der Erwägung, dass die Europäische Union in Bezug auf die Vertretung und demokratische Beteiligung verschiedene Symptome einer Krise zeigt und dass sich dies ***unter anderem*** an der sinkenden Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ablesen lässt,

Or. el

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 23
Erwägung L

L. in der Erwägung, dass ***(Streichung) die*** Europäische Union ***mit 25 Mitgliedstaaten einen erheblichen Anstieg der Zahl der europäischen Bürger zur Folge gehabt hat, die ihren Wohnsitz außerhalb ihres Herkunftsstaats haben, was zu einer europäischen Mischung und dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen Welt und auch zu einem Anstieg der Zahl der Drittstaatsangehörigen geführt hat,***

Or. fr

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 24
Erwägung L

L. in der Erwägung, dass ***die europäischen Völker*** durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union ***nach langen Jahren des Leidens und der Trennung schließlich vereint worden sind, wodurch ein Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft geleistet worden ist, die immer stärker multikulturell geprägt und fruchtbarer ist***,

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 25
Erwägung L

L. in der Erwägung, dass sich durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union ***auf Grund der Zuwanderung*** die Präsenz der Bürger, die nicht die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Aufnahmemitgliedstaates besitzen, in allen Mitgliedstaaten erheblich erhöht hat,

Or. el

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 26
Erwägung M

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 27
Erwägung M

M. in der Erwägung, dass es viele Bürger gibt, die zwar in der Europäischen Union wohnhaft sind und ***sogar*** einer regelmäßigen Arbeit nachgehen oder studieren, von den politischen Entscheidungsprozessen ***in dem Mitgliedstaat, in dem sie ansässig sind und alle oder einen Teil ihrer Steuern entrichten,*** jedoch ***im Widerspruch zu den Grundprinzipien der modernen Demokratie, denen zufolge es keine***

Besteuerung ohne Vertretung („no taxation without representation“) geben sollte, ausgeschlossen sind,

Or. es

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 28
Erwägung M

M. in der Erwägung, dass ***(Streichung)*** viele Bürger ***aus Drittländern legal und dauerhaft*** in der Europäischen Union wohnhaft sind und einer regelmäßigen Arbeit nachgehen oder studieren, ***sowie unter Hinweis darauf, dass sie nach Ablauf einer bestimmten Anzahl von Jahren nach den Regeln des Mitgliedstaats die Staatsangehörigkeit ihres Wohnsitzstaates erhalten können***,

Or. el

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 29
Erwägung M

M. in der Erwägung, dass es viele ***Menschen*** gibt, ***seien es Unionsbürger oder nicht,*** die zwar in der Europäischen Union ***ansässig*** sind und einer regelmäßigen Arbeit nachgehen oder studieren, ***im Widerspruch zu den Bestimmungen des Artikels 190 des EG-Vertrags*** von den politischen Entscheidungsprozessen jedoch ausgeschlossen sind,

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 30
Erwägung N

N. in der Erwägung, dass ***die Anwesenheit von Drittstaatsangehörigen*** auf dem nationalen Staatsgebiet ***eines Mitgliedstaats*** künftig ein ständiges Kennzeichen der europäischen Gesellschaften sein wird, *und* ***auch*** in der Erwägung, dass Staatsangehörige ***von Drittstaaten entsprechend den in dem jeweiligen Mitgliedstaat geltenden Bestimmungen*** in zwölf Mitgliedstaaten auf kommunaler und ***(Streichung)*** regionaler Ebene das Wahlrecht haben und dass ***schließlich*** in drei weiteren Mitgliedstaaten einige Staatsangehörige ***von Drittstaaten nur*** das Wahlrecht bei Kommunalwahlen haben,

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 31
Erwägung N

N. in der Erwägung, dass der Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen auf dem nationalen Staatsgebiet künftig ein ständiges Kennzeichen der europäischen Gesellschaften sein wird, in der Erwägung, dass ***diese Bürger auf Grund der Richtlinien 2004/38/EG und 2003/109/EG eine Reihe von Rechten genießen***,

Or. el

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 32
Ziffer -1 (neu)

-1. begrüßt, dass es das Konzept der Unionsbürgerschaft gibt, weil die Unionsbürgerschaft im Laufe der zwölf Jahre ihres Bestehens Vorteile sowie echte und konkrete Rechte mit sich gebracht hat;

Or. it

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 33
Ziffer 1

1. fordert die Mitgliedstaaten auf, über die Möglichkeit nachzudenken, die nationale Staatsangehörigkeit ***und somit ergänzend die Unionsbürgerschaft gemäß allen gemeinsamen Regelungen, die alle in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Union geltenden Verfahren beinhalten, d.h. das Geburtsortsprinzip, das Abstammungsprinzip und das Aufenthaltsrecht,*** zuzuerkennen;

Or. fr

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 34
Ziffer 1

1. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***dort, wo es erforderlich ist,*** über ***eine stärkere Verbindung zwischen dem legalen und dauerhaften Aufenthalt während eines vernünftigen Zeitraums und dem Erwerb der Staatsangehörigkeit*** nachzudenken;

Or. es

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 35
Ziffer 1

1. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***weiterhin uneingeschränkt über die Rechte der Drittstaatsangehörigen, die im Unionsgebiet wohnhaft sind, zu informieren***;

Or. el

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 36
Ziffer 1 a (neu)

1a. fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Kommission zu ersuchen, ein Weißbuch über die mögliche Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft und die Harmonisierung der verschiedenen geltenden Regelungen in den Mitgliedstaaten zu verfassen;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 37
Ziffer 1 a (neu)

1a. fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Europäische Kommission zu ersuchen, ein Weißbuch über die mögliche Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft zu verfassen;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 38
Ziffer 1 b (neu)

1b. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Möglichkeit der Schaffung einer allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Wahlkarte zu erörtern, in der je nach dem Erstwohnsitz und der Staatsangehörigkeit jedes Wählers alle Wahlen detailliert aufgeführt sind, in denen er das Recht und die Pflicht hat, seine Stimme abzugeben; diese Initiative würde die Unionsbürgerschaft transparenter machen;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 39
Ziffer 2

2. unterstreicht, dass ***die Schaffung eines politischen Raumes und einer Unionsbürgerschaft, die der gegenwärtigen Entwicklung unserer Demokratien entsprechen, auch beinhaltet, jedem Bürger, der legal und dauerhaft*** in der Europäischen Union ***ansässig ist, unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit politische Rechte zu gewähren;***

Or. fr

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 40
Ziffer 2

2. ***vertritt die Auffassung***, dass jeder, der in der Europäischen Union lebt, ***unter umfassender Achtung der Rechtsvorschriften der sie bildenden Mitgliedstaaten dieselben Rechte genießen sollte wie die Unionsbürger;***

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 41
Ziffer 2

2. unterstreicht, dass jeder ***Bürger***, der in der Europäischen Union lebt, als solcher Rechte ***genießt***, ***wie sie ihm auch vom Gemeinschaftsrecht zugestanden werden,*** und nicht aufgrund der nationalen Herkunft;

Or. el

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 42
Ziffer 3

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 43
Ziffer 3

3. ***vertritt die Ansicht***, dass die Integration der außergemeinschaftlichen Bevölkerung in die Europäische Union erleichtert und ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer echten politischen ***und territorialen*** Gemeinschaft geweckt würde, wenn allen in der Europäischen Union ansässigen Bürgern ***(Streichung)*** einige mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte zuerkannt würden;

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 44
Ziffer 4

4. vertritt die Auffassung, dass ***eines der Ziele*** der Unionsbürgerschaft ***darin besteht***, die Integration ***jedes Bürgers*** in ***seinen*** Wohnsitzstaat zu fördern***, unabhängig davon, ob er innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union liegt***;

Or. fr

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka, Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 45
Ziffer 4

vertritt die Auffassung, dass es ***(Streichung)*** das Ziel der Unionsbürgerschaft ***sein sollte***, einen von dem nationalen Rechtstatus getrennten Rechtsstatus ***durch die Erleichterung der Einbürgerung zu bestätigen, um*** die Integration der Bürger in ihren Wohnsitzstaat zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 46
Ziffer 4

4. vertritt die Auffassung, dass es nicht ***nur*** das Ziel der Unionsbürgerschaft ist, einen ***den*** nationalen Rechtstatus ***ergänzenden*** Rechtsstatus zu schaffen, sondern ***auch*** darin bestehen muss, die Integration der Bürger in ihren Wohnsitzstaat zu fördern;

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 47
Ziffer 4

4. vertritt die Auffassung, dass es nicht das Ziel der Unionsbürgerschaft ist, einen von dem nationalen Rechtstatus getrennten Rechtsstatus zu schaffen, sondern darin bestehen muss, die Integration der ***europäischen*** Bürger in ihren Wohnsitzstaat zu fördern;

Or. el

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 48
Ziffer 4

4. vertritt die Auffassung, dass ***eines der Ziele*** der Unionsbürgerschaft ***darin besteht***, die Integration ***jedes Bürgers*** in ***seinen*** Wohnsitzstaat zu fördern;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 49
Ziffer 4 a (neu) (alte Ziffer 14)

4a. ist der Ansicht, dass die Zuerkennung der Unionsbürgerschaft aufgrund des Wohnsitzes das Endziel eines dynamischen Prozesses sein sollte, durch den sich die Europäische Union zu einer wirklichen politischen Gemeinschaft entwickeln wird;

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 50
Ziffer 5

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 51
Ziffer 5

5. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen des Europarates über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben noch nicht ratifiziert haben, auf, es zu ratifizieren, und fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die es ratifiziert haben, auf, Artikel 6 des Übereinkommens umzusetzen, der das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen für ***alle Drittstaatsangehörigen*** vorsieht, die ***(Streichung)*** vor den Wahlen fünf Jahre lang rechtmäßig und ständig in dem Aufnahmemitgliedstaat ***ansässig sind***;

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 52
Ziffer 6

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 53
Ziffer 6

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 54
Ziffer 6

6. ***wiederholt seine Forderung an die*** Mitgliedstaaten***, den im Hoheitsgebiet der Union langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, Rechte zu gewähren, die denen so nahe wie möglich kommen, die die Bürger der Europäischen Union genießen, insbesondere das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament; vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass der Lage der Staatenlosen, die im Hoheitsgebiet der Union ansässig sind, in besonderer Weise Rechnung getragen werden muss;***

Or. fr

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka, Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 55
Ziffer 6 a (neu)

6a. vertritt die Ansicht, dass die Unionsbürgerschaft nicht nur für alle Bürger der Mitgliedstaaten gelten sollte, sondern auch für Staatenlose, die länger als fünf Jahre dauerhaft in der Union ansässig sind, und dass das Recht auf Freizügigkeit, das Wahlrecht bei lokalen und regionalen Wahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie das Recht auf einen Aufenthaltstitel in jedem Mitgliedstaat gelten sollte;

Or. en

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 56
Ziffer 7

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 57
Ziffer 7

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 58
Ziffer 7

7. vertritt die Auffassung, dass ***die Schaffung*** einer ***von jedem Bürger zu entrichtenden*** europäischen Steuer ***ohne eine Erhöhung der gesamten Steuerlast abgesehen davon, dass sie einen Ausweg aus der derzeitigen festgefahrenen Situation ermöglichen würde, die sich aufgrund der Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts durch die Beiträge der Mitgliedstaaten und des Begriffs der „angemessenen Gegenleistung“ ergeben hat, zu einer Festigung einer ausgewogenen Unionsbürgerschaft beitragen würde, die sich sowohl auf Rechte als auch auf Pflichten gründet;***

Or. fr

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 59
Ziffer 7

7. vertritt die Auffassung, dass die Unionsbürgerschaft zunehmend auf kommunaler Ebene gelebt werden und besser sichtbar sein sollte, indem sie Rechte mit sich bringt,

einschließlich sozialer Rechte und Pflichten, wie beispielsweise ***durch eine direkte Verbindung von Elementen des Steuersystems mit der Finanzierung der Europäischen Union***;

Or. es

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 60
Ziffer 7 a (neu)

7a. fordert die Kommission auf, einen legislativen Vorschlag zur "Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger" vorzulegen, der unter genauester Beachtung der Verträge und der Befugnisse der Mitgliedstaaten, alle Rechte, die das Gemeinschaftsrecht den im Hoheitsgebiet der Europäischen Union legal ansässigen Bürgern gewährt, auflistet und gemeinsam anerkennt;

Or. es

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 61
Ziffer 7 a (neu)

7a. fordert die Mitgliedstaaten auf, so schnell wie möglich zu erörtern, ob den europäischen Bürgern die Möglichkeit gewährt werden kann, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit bei den kommunalen, kantonalen und regionalen Wahlen in ihrem Wohnsitzstaat das aktive und passive Wahlrecht auszuüben;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 62
Ziffer 7 b (neu)

7b. fordert die Mitgliedstaaten auf, so schnell wie möglich zu erörtern, ob den europäischen Bürgern die nicht kumulierbare Möglichkeit gewährt werden kann, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit entweder in ihrem Wohnsitzstaat oder in ihrem Herkunftsstaat bei den nationalen Wahlen das aktive und passive Wahlrecht auszuüben;

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 63
Ziffer 8

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 64
Ziffer 8

8. hält es für ***wünschenswert***, die in der Richtlinie 2004/38/EG, die am 30. April 2006 in Kraft treten wird, verankerten Rechte, die das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, und nach einem fünfjährigen Aufenthalt in dem Aufnahmemitgliedstaat das Recht auf einen ständigen Aufenthalt betreffen, auf die außergemeinschaftlichen Bürger auszudehnen***, die seit mindestens fünf Jahren ansässig sind***;

Or. it

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 65
Ziffer 8

8. hält es für erforderlich, die in der Richtlinie 2004/38/EG, die am 30. April 2006 in Kraft treten wird, verankerten Rechte, die das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, und nach einem fünfjährigen Aufenthalt in dem Aufnahmemitgliedstaat das Recht auf einen ständigen Aufenthalt betreffen, auf die außergemeinschaftlichen Bürger auszudehnen ***die legal in einem Mitgliedstaat ansässig sind***;

Or. it

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka, Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 66
Ziffer 9

9. ist auch überzeugt, dass auf die ***Drittstaatsangehörigen, die länger als fünf Jahre in der EU ansässig sind,*** dasselbe Recht ausgedehnt werden muss, das für diejenigen Unionsbürger vorgesehen ist, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem eigenen wohnhaft sind, damit auch die ***Drittstaatsangehörigen*** ein aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben und an den Kommunalwahlen teilnehmen können;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 67
Ziffer 9

9. ist auch überzeugt, dass auf die außergemeinschaftlichen Bürger***, die seit mindestens fünf Jahren ansässig sind,*** dasselbe Recht ausgedehnt werden muss, das für diejenigen Unionsbürger vorgesehen ist, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem eigenen wohnhaft sind ***(Streichung)***;

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 68
Ziffer 9

9. ***verweist auf die Rechte der*** Unionsbürger ***(Streichung),*** die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem eigenen wohnhaft sind, ***das heißt das aktive*** und ***das passive*** Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ***(Streichung)*** und ***bei*** den Kommunalwahlen ***(Streichung)***;

Or. el

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 69
Ziffer 10

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 70
Ziffer 10

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 71
Ziffer 10

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 72
Ziffer 10

10. ist der Ansicht, dass ***diejenigen Mitgliedstaaten, die ihre Staatsangehörigkeit nicht den seit einer vernünftigen Zeit legal in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Bürgern gewähren, wenigstens die Möglichkeit prüfen sollten, den langfristig aufenthaltsberechtigten Bürgern bei allen Wahlen das Wahlrecht zu gewähren;***

Or. es

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 73
Ziffer 11

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 74
Ziffer 11

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Romano Maria La Russa

Änderungsantrag 75
Ziffer 11

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 76
Ziffer 11.

entfällt

Or. es

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka, Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 77
Ziffer 12

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 78
Ziffer 12

12. ***unterstreicht***, dass das Recht auf Unionsbürgerschaft unabhängig von dem Heimat- oder Herkunftsland in hohem Maße an die Anerkennung der sozialen Rechte, des

Rechts auf Arbeit, auf ein Studium und auf sozialen Schutz (Gesundheitsfürsorge, Altersversorgung und sonstige Leistungen) gebunden ***ist***;

Or. it

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 79
Ziffer 12

12. ist überzeugt, dass das Recht auf Unionsbürgerschaft unabhängig von dem Heimat- oder Herkunftsland in hohem Maße an die Anerkennung der sozialen Rechte, ***wie sie aus den europäischen Richtlinien erwachsen,*** gebunden sein sollte;

Or. el

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 80
Ziffer 12 a (neu)

12a. vertritt die Auffassung, dass die Unionsbürgerschaft allen Bürgern der Europäischen Union unabhängig davon, ob sich ihr Geburtsort oder ihr Wohnort innerhalb der Union selbst oder in einem Drittstaat befindet, dieselben Rechte garantiert; fordert die Kommission auf, die Lage der europäischen Emigranten zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, dass ihre Bürgerrechte tatsächlich gewährleistet sind;

Or. es

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 81
Ziffer 13

13. ***fordert die Mitgliedstaaten*** angesichts der beträchtlichen Fortschritte, die die Europäische Union seit dem Vertrag von Maastricht erzielt hat, ***auf, die Diskussionen über die Zukunft der Unionsbürgerschaft fortzusetzen***;

Or. el

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 82
Ziffer 13

13. ***hält es für zweckmäßig, (Streichung)*** bei dieser Gelegenheit eine Debatte zu eröffnen, im Rahmen derer das Projekt der Unionsbürgerschaft angesichts der beträchtlichen Fortschritte, die die Europäische Union seit dem Vertrag von Maastricht erzielt hat, festgelegt und präzisiert werden kann;

Or. it

Änderungsantrag von Marie-Line Reynaud, Martine Roure

Änderungsantrag 83
Ziffer 13 a (neu)

13a. hofft aufrichtig, dass das Wahlsystem für die Wahlen zum Europäischen Parlament bis 2009 reformiert wird, um ihnen durch die Vereinheitlichung der Wahlverfahren, insbesondere durch die Wahl eines Teils der Mitglieder auf transnationalen europäischen Listen, die von den europäischen Parteien vorgelegt werden, eine wirkliche europäische Dimension zu geben;

Or. fr

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 84
Ziffer 14

entfällt

Or. el

Änderungsantrag von Ignasi Guardans Cambó

Änderungsantrag 85
Ziffer 14

entfällt

Or. es